

Die vielsprachige Schweiz

Koexistenz verschiedener Sprachen, Internationalisierung und neue Probleme

Miroslav Vurma

1. Einführung
2. Geschichtlicher Rückblick
 - 2.1 Aktueller Stand der Landessprachen
 - 2.2 Situation in der Bundesverwaltung
3. Angst der Minderheiten vor Germanisierung
 - 3.1 Verständigungsschwierigkeiten im innerschweizerischen Dialog
4. Zweisprachigkeit und Mehrsprachigkeit
5. Internationalisierung, Bereicherung oder neue Probleme?
6. Schlusswort
7. Benutzte Literatur
 - 7.1 Online Quellen

1. Einführung

Die Schweiz mit ihrer Gesamtbevölkerung von 7'593'500, einschliesslich 1'655'224 Ausländern¹, hat vier unterschiedliche Sprachgebiete und Kulturkreise. Eingebettet zwischen drei bedeutenden europäischen Kulturen, wird die Kultur der verschiedenen Landesteile von den angrenzenden gleichsprachigen Ländern Deutschland, Frankreich und Italien wesentlich mitgeprägt. Die Schweiz kennt vier offizielle Landessprachen: Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch. Die fortschreitende Immigration sowie die Globalisierung der Geschäftswelt haben in den letzten Jahren im ganzen Land zu emotionell geladenen politischen Diskussionen geführt. Unter anderem werden die Stimmen nach einer übergeordneten Verständigungssprache, einer sogenannten

1) Bestand der ausländischen Wohnbevölkerung Ende April 2009, ohne internationale Funktionäre mit ihren Familienangehörigen, Kurzaufenthalter/-innen <12 Monate und Asylsuchende. (Quelle: Bundesamt für Migration)

“Lingua franca”, immer lauter. In dieser Abhandlung wird die Problematik der vielsprachigen und multikulturellen Schweiz aufgezeigt und verständlich gemacht.

2. Geschichtlicher Rückblick

Schweizer Kulturraum wurde von verschiedenen Epochen geprägt, wobei die Kelten, Römer und Germanen grundsätzlich den grössten Einfluss hatten. Im 1. Jahrhundert vor Christus (1. Jh. v. Ch.) wandert der keltische Stamm der Helvetier aus Süddeutschland ins schweizerische Mittelland ein und weiter nach Westen, bis er in Süd- und Ostfrankreich mit den Römern zusammenstösst. 58 v. Ch. werden die Helvetier und ihre Verbündeten (Tulinger, Latobrigern, Rauracern und Boiern) in Bibracte, etwa 70 km südwestlich von Dijon, von den römischen Truppen des Julius Cäsars geschlagen und gezwungen, in ihre ursprünglichen Gebiete zurückzukehren. Später wird das helvetische Siedlungsgebiet im schweizerischen Mittelland sowie das von Lepontier im Tessin, das von Seduner im Wallis und am Genfersee, wie auch das von Raetier in der Ostschweiz dem Römischen Reich einverleibt, um die strategisch wichtigen Alpenpässe nach Germanien zu sichern. Es ist die äusserst fruchtbare Römerzeit, die weiten Gebieten der heutigen Schweiz, die erste wesentliche kulturelle Umformung bringt. Die keltische Bevölkerung der Schweiz übernahm und behielt bis in die Spätantike römische Kultur, Sitten, Sprache und zuletzt auch das Christentum.

Etwa um das Jahr 500 nach Christus (500 n. Ch.) dringen germanische Völkerstämme ins Land ein und bescheren der Schweiz jene ethnische und sprachliche Gestalt, die im grossen Ganzen der heutigen entspricht. Im Westen des Landes lassen sich die bereits christianisierten Burgunder nieder und übernehmen von der romanisierten Bevölkerung das Vulgärlatein, aus dem später die französische Sprache entstand. In die Südschweiz wandern die germanischen Langobarden ein. Auch sie unterbrechen die kulturelle Entwicklung nicht und passen sich schnell der romanisierten Population an. Die Zentral- und Ostschweiz wurde von den heidnischen Alemannen besiedelt und kontrolliert, während die Alpengebiete noch weiter in der Hand kelto-romanischer Lokalherrscher (Rätoromanen) verblieben, die im Laufe des Mittelalters auf die Hochtäler Graubündens zurückgedrängt wurden, wo sie ein autonomes Leben führten. Nur dem Eigensinn der Rätoromanen ist es zu verdanken, dass ihre Sprache nicht in den angrenzenden Sprachen (Deutsch und Italienisch) aufging. Um das Jahr 900 setzte sich dann schrittweise in der ganzen deutschen Schweiz das Alemannische durch (heute: Schweizerdeutsch), im Süden waren es die lombardischen Dialekte des Italienischen, in Graubünden schliesslich das Rätoromanische und im burgundischen Westen vollzog sich der Übergang vom Vulgärlatein zum Frankoprovenzalischen (heute: Französisch), und damit wurden die Fundamente der heutigen viersprachigen Schweiz gelegt.

Allerdings gab es in der Alten Eidgenossenschaft, die von Mittelalter (1291)² bis 1798 Bestand hatte, keine Gleichbehandlung der Sprachen. Die Politik des Ausgleichs und Gleichbehandlung ist nur für die moderne Schweiz seit 1848 charakteristisch. Die Alte Eidgenossenschaft galt nicht als mehrsprachig, sondern als einsprachig, nämlich deutschsprachig. Als die deutschsprachigen Urschweizer in den lateinisch-romanischen Süden vorstießen, machten sie die Population dort zu Untertanen, nicht zu Partnern. Denn sie betrachteten die französisch- und italienischsprachigen Gebiete der Romandie und des Tessins nicht als gleichberechtigte Gebiete, sondern nur als einverleibte Anhängsel. Die Sprache der Tagsatzungen³ war überall ausschliesslich Deutsch. Die Unterwerfung lässt sich gut am Beispiel des zweisprachigen Freiburgs zeigen. Nachdem Freiburg 1481 als erster mehrheitlich französischsprachiger Stand dem Bund beitrug, beeilte sich die Oberschicht ihre Namen zu verdeutschen und Freiburg wurde beinahe vollständig germanisiert. Die Alte Eidgenossenschaft blieb also bis zu ihrem Untergang 1798 ein deutschsprachiges Staatesgebilde, in dem die anderssprachigen Gebiete nur einen untertänigen Status hatten.

Dies änderte sich im Jahre 1798, als unter dem gewaltsamen Druck der französischen Revolutionsarmeen die Alte Eidgenossenschaft zum französischen Protektorat beziehungsweise zur Helvetischen Republik (1798 – 1814) unter Napoleon Bonaparte wurde. 1803 traten die ersten gänzlich lateinisch-romanischen Kantone (Waadt und Tessin) als gleichberechtigte Partner dem Staatenbund bei und erst seit diesem Zeitpunkt wurde die französische und italienische Sprache auf die gleiche Ebene wie das Deutsche gehoben. Im gleichen Jahr bekam die Helvetische Republik in Folge innerer Streitigkeiten eine neue „Mediationsverfassung“⁴, in der die Selbständigkeit der Kantone wieder gestärkt und der Einheitsstaat zum Staatenbund (mit 19 Kantonen) oder zur Schweizerischen Eidgenossenschaft, wie der offizielle Staatsname lautete, verwandelt wurde.

Erst mit der Gründung des modernen Bundesstaates im Jahr 1848 formte sich die Schweiz endgültig zu einem Mehrsprachenstaat. Nach 1830 erzwangen in 12 Kantonen Volksbewegungen eine liberale Verfassung. Der entscheidende Schritt aber erfolgte erst 1848 nach der Niederlage der katholischen Kantone im Sonderbundskrieg⁵ von 1847. Es musste dringend ein Weg zur Einheit der Kantone gefunden werden. Und

2) 1291 begründen die drei Urkantone Uri, Schwyz und Unterwalden in einem Bund die Eidgenossenschaft. Das Ziel ihres Bundes war, sich gegen die territorialen Ansprüche der Habsburger zu verteidigen. Im Laufe der Jahrhunderte traten weitere Orte bzw. Kantone bei. Die heutige Schweiz besteht aus 26 Kantonen = Bundesländern.

3) Tagsatzung war bis 1848 die Versammlung der Gesandten der Schweizer Kantone.

4) Acte de Médiation = Mediationsakte vom 19. Februar 1803, gültig von 1803 – 1813.

5) Bürgerkrieg vom 3. November bis 29. November 1847, in dem sich die katholischen Kantone Luzern, Schwyz, Uri, Zug, Ob- und Nidwalden, Freiburg und Wallis in einem Sonderbund zusammenschlossen, um ihr katholisches Glauben gegen die mehrheitlich reformierten und liberalen Kantone zu verteidigen.

diese Einheit konnte dem Bund der Eidgenossen nur die Bundesverfassung von 1848 garantieren, in dem sie der Unterschiedlichkeit seiner Mitglieder Rechnung trug. Die Religionsfreiheit⁶ sowie eine weitreichende Respektierung der politischen Entscheidungsfreiheit und Verwaltungsautonomie wurden den souveränen Kantonen zugesprochen⁷. Damit gab die Verfassung de jure den Kantonen das Recht, ihre Sprache auf ihrem Gebiet zu bestimmen (Territorialitätsprinzip). Es kann also durchaus behauptet werden, dass die Bundesverfassung vom 12. September 1848 ein Instrumentarium zur Sicherung des Sprachfriedens in der Schweizerischen Eidgenossenschaft schuf. Die Sprachenfreiheit der Bürger wurde darin jedoch an keiner Stelle explizit erwähnt.

2.1 Aktueller Stand der Landessprachen

Die Landessprachen der Schweiz sind Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch. So steht es im Artikel 4 der gegenwärtig gültigen Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 19. April 1999. Von den 26 Kantonen gelten 17 als deutschsprachig⁸ und 4 als französischsprachig (Genf, Jura, Neuenburg und Waadt). Das Tessin ist der einzige italienischsprachige Kanton. Und offiziell zweisprachig (deutsch- und französischsprachig) sind 3 Kantone (Bern, Freiburg und Wallis). Graubünden ist der einzige dreisprachige Kanton mit Deutsch, Rätoromanisch und Italienisch, als offizielle Sprachen und damit auch der einzige rätoromanischsprachige Kanton. Die Sprachenpolitik der heutigen Schweiz wird nicht auf nationaler Ebene, wie es in den meisten Staaten der Fall ist, sondern auf kantonaler Ebene bestimmt und betrieben⁹. Das erlaubt den Kantonen ihre eigenen Regelungen zu erlassen. Natürlich wird das Recht auf Sprachenfreiheit und dessen Limitation durch das Territorialitätsprinzip vorwiegend dort diskutiert, wo die einheimische Bevölkerung nicht nur einsprachig, sondern zwei- oder mehrsprachig ist. Dies ist vor allem im Kanton Graubünden der Fall, wo Deutsch, Rätoromanisch und Italienisch als Amtssprachen gelten. Der Entscheid darüber, in welcher Sprache die Bürger mit den Behörden kommunizieren oder in welcher Sprache der Schulunterricht stattfinden soll, wird in Graubünden den Gemeinden überlassen und kann sogar innerhalb des Kantons zur Verschiebungen der Sprachterritorien führen, wenn sich die Sprachmehrheit und damit das politische Gleichgewicht in den betroffenen Gemeinden verändert.

6) Artikel 41 der Bundesverfassung vom 12. September 1848.

7) Artikel 3 und 5 der Bundesverfassung vom 12. September 1848.

8) Aargau, Appenzell-Innerhoden, Appenzell-Ausserhoden, Basel-Land, Basel-Stadt, Glarus, Luzern, Nidwalden, Obwalden, St. Gallen, Schaffhausen, Solothurn, Schwyz, Thurgau, Uri, Zug und Zürich.

9) Die Bundesverfassung legt die Sprachgebiete der Schweiz nicht fest. Artikel 70 Absatz 2 weist den Kantonen die Kompetenz zu, ihre Amtssprachen zu bestimmen. Dabei müssen sie jedoch sprachliche Minderheiten und die herkömmliche Zusammensetzung der Sprachgebiete beachten.

Gemäss Territorialitätsprinzip kann der Verkehr der Bürger und Bürgerinnen mit den Behörden nur in der Sprache der Mehrheit eines bestimmten Gebiets erfolgen. Somit beschneidet das Territorialitätsprinzip die Sprachenfreiheit einer Minderheit, denn es verlangt von der gesamten Bevölkerung sich sprachlich der Mehrheit anzupassen. Dies lässt sich gut am Beispiel der Stadt Zürich präsentieren, wo mitten im deutschsprachigen Gebiet immerhin mehr als 30'000 Frankophonen leben und für die es keine französischsprachigen Schulen oder amtliche Institutionen gibt. Hier soll sich die Sprachenminderheit bedingungslos integrieren. Und dies gilt auch umgekehrt für die deutschsprachige Minderheit, die in der Stadt Genf und ihrer Agglomeration lebt. Natürlich gibt es in der Schweiz, neben den einheimischen Schulen, noch eine grosse Anzahl an anderssprachigen internationalen Bildungseinrichtungen, diese führen jedoch eine völlig autonome Existenz.

Das de facto Diktat des Territorialitätsprinzips wird jedoch von der Bevölkerung nicht immer stillschweigend hingenommen. Der Zwang zur sprachlichen Assimilierung stösst in einigen gemischtsprachigen Gemeinden, wo zum Beispiel die Kinder aus deutschsprachigen Familien die französischsprachige Schule besuchen müssen oder umgekehrt, auf Widerstand von Elterngruppen, die in der strikten Anwendung des Territorialitätsprinzips in den Schulen eine klare Einschränkung der verfassungsmässig garantierten Sprachenfreiheit¹⁰ sehen.

Doch es kann geschehen, dass das Territorialitätsprinzip zugunsten der Sprachenfreiheit eingeschränkt wird, wie das Beispiel der Stadt Biel/Bienne zeigt. Hier hatte der Kanton Bern den Bezirk Biel/Bienne für zweisprachig erklärt und gab demzufolge der französischsprachigen Minderheit das Recht, im Umgang mit den Behörden in ihrer Muttersprache zu verkehren. Ebenfalls werden alle amtlichen Veröffentlichungen in beiden Sprachen (Deutsch und Französisch) publiziert. Im Stadtparlament kann auch jeder Politiker seine eigene Sprache sprechen und von den anderssprachigen Kollegen wird selbstverständlich erwartet, dass sie die jeweils gesprochene Sprache auch ohne Übersetzung verstehen. Der Sprachenproporz im Gemeinde- und Stadtrat bleibt aber, entsprechend der Anteile der Sprachgruppen an der Wohnbevölkerung, gewahrt; auf zwei deutschsprachige Politiker kommt ein französischsprachiger.

2.2 Situation in der Bundesverwaltung

Im Jahr 2008 zählte die Bundesverwaltung 36'323 Angestellte. Die Deutschsprachigen stellen mit 72,2% die grösste Sprachgruppe dar. 20,6% haben Französisch als

10) Artikel 18 der Bundesverfassung. *"Die Sprachenfreiheit ist gewährleistet..."*

Muttersprache, 6% Italienisch und 0,3% Rätoromanisch. 0,8% der Bundesangestellten haben eine andere Muttersprache. Im Vorwort zum *Leitfaden zur Förderung der Mehrsprachigkeit* schreibt der schweizerische Bundespräsident Hans-Rudolf Merz folgendes:

„Die Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung bereichert die Schweiz und trägt zum nationalen Zusammenhalt unseres Landes bei. Die guten Beziehungen zwischen den Sprachgemeinschaften beruhen auf der Fähigkeit, in den drei Amtssprachen zu kommunizieren. Sprachkenntnisse sind jedoch auch für unsere Aussenbeziehungen von Vorteil. Sie ermöglichen uns den direkten Dialog mit unseren Nachbarn, die auf wirtschaftlicher und kultureller Ebene wichtige Partner der Schweiz sind. Es ist deshalb eine wichtige Aufgabe des Bundesrates, dafür zu sorgen, dass die Bundesverwaltung in den drei Amtssprachen (Italienisch, Französisch und Deutsch) denkt und arbeitet und dass wichtige Texte auch in der vierten Landessprache (Rätoromanisch) zur Verfügung stehen. Einer solchen mehrsprachigen Verwaltung muss in der Praxis eine besondere und kontinuierliche politische Aufmerksamkeit geschenkt werden.“

Um eine gerechte Ausbalancierung zwischen den einzelnen Landessprachen in der Bundesverwaltung zu gewährleisten, legte der Bundesrat (Landesregierung) folgende Sollwerte fest: Deutsch soll mit 72,5%, Französisch mit 21%, Italienisch mit 4,3%, Rätoromanisch mit 0,6% und andere mit 1,6% vertreten sein. Die Departemente (Bundesämter/Ministerien) sollen dafür sorgen, dass die einzelnen Sprachgemeinschaften in allen Tätigkeitsbereichen der Verwaltung und auf allen Hierarchiestufen entsprechend ihrem Anteil an der Wohnbevölkerung schweizerischer Nationalität vertreten sind¹¹. Der Vergleich zwischen dem Ist-Zustand des Jahres 2008 und den Sollwerten des Bundesrates, die Vertretung der Sprachgemeinschaften betreffend, zeigt, dass die Angaben sehr beieinander liegen. Die Differenz bei den Deutschsprachigen beträgt nur -0,3%, bei den Französischsprachigen -0,4%, bei den Rätoromanischsprachigen -0,3%, während die Italienischsprachigen +1,7% aufweisen. Damit sind die quantitativen Ziele des Bundesrates weitgehend erreicht. Der Einbezug der verschiedenen Sprachgemeinschaften in den schöpferischen und gedanklichen Prozess der Bundesverwaltung ermöglicht ihr, von der kulturellen Vielfalt zu profitieren, was letztendlich auch ihrer Effizienz zu Gute kommt.

3. Angst der Minderheiten vor Germanisierung

Gemäss Volkszählung des Jahres 2000 gliedert sich die Wohnbevölkerung nach folgenden Muttersprachen: Deutsch 63,7%, Französisch 20,4%, Italienisch 6,5%,

11) Förderung der Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung von 2004 – 2008 : Evaluationsbericht an den Bundesrat. S. 3., 2009.

Rätoromanisch 0,5% und Anderssprachig 9%. Die anderssprachigen 9% der Bevölkerung sprechen eine, auf dem schweizerischen Gebiet nicht ursprünglich beheimatete Sprache. Dazu zählen spanische Sprachen (1,1%), slawische Sprachen des ehemaligen Jugoslawiens (1,5%), Albanisch (1,3%), Portugiesisch (1,2%), Englisch (1%) und türkische Sprachen (0,6%). Insgesamt 2,3% der restlichen Einwohner sprechen sonstige Sprachen wie Tamil (0,3), Arabisch (0,2), Niederländisch (0,2), Russisch (0,1), Chinesisch (0,1), Thai (0,1), Kurdisch (0,1), Mazedonisch (0,1) etc.

Vergleicht man die Zahlen des Jahres 2000 mit denjenigen des Jahres 1970: Deutschsprachig 64,9%, Französisch 18,1%, Italienisch 11,9%, Rätoromanisch 0,8% und Anderssprachig 4,3%, dann stellt man fest, dass es in dieser Zeitspanne einen Rückgang von 1,2% der Deutsch-¹², 5,4% Italienisch- und 0,3% Rätoromanischsprachigen gab, wogegen die Französisch- und Anderssprachigen mit +2,3% bzw. +4,7% eine steigende Tendenz aufweisen. Und dennoch ist die Angst vor Germanisierung bei den Minderheiten in der Schweiz weit verbreitet. Urs Dürmüller beschreibt die Situation folgendermassen:

„In der lateinischen Schweiz ist die Meinung verbreitet, dass sich die deutsche Sprache auf ihrem Gebiet und auf Kosten ihrer Sprachen ausbreite. Sicher trifft die Aussage zu auf das Rätoromanische. Seit dem 12. Jahrhundert hat die Sprache kontinuierlich an Boden verloren. Ihr ehemals zusammenhängendes Gebiet ist in einzelne Sprachinseln zerfallen, von denen nur wenige überlebt haben... Der Anteil der rätoromanischen Sprache im Kanton Graubünden hat sich innert hundert Jahren von 40% auf 20% halbiert... Auch im Tessin war in den letzten 50 Jahren eine deutliche Vermehrung des deutschsprachigen Anteils von 8% auf 12% feststellbar. Erstaunlicherweise sind es jedoch gerade die eher ungefährdeten Romands, welche den Deutschschweizern in gelegentlich polemischer Weise Sprachkolonialismus vorwerfen¹³.“

Das Leben in vier Sprach- und Kulturregionen auf kleinstem Raum von nur 41'284 km² ist zwar aufregend und bereichernd, aber keineswegs konfliktfrei. Vor allem gibt es zwischen der Deutschschweiz und der Romandie Probleme die auf Mentalitätsunterschiede, die generell in den Medien und der Bevölkerung als „Röstigraben¹⁴“ bezeichnet werden, zurückgehen. Der Röstigraben charakterisiert eine politische Trennlinie, die sich hauptsächlich bei Volksabstimmungen¹⁵ manifestiert. Die

12) Am 1. Juni 2002 trat das Freizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU/EFTA-Staaten in Kraft. Seit dem verzeichnet die Schweiz einen enormen Zuwachs an Deutschen Immigranten. Im Jahr 2001 lebten 116'649 Deutsche in der Schweiz und im Dezember 2008 waren es bereits 233'352. Hier muss bemerkt werden, dass sich die Deutschen ausschliesslich in der deutschsprachigen Schweiz niederlassen. (Quelle: Bundesamt für Migration)

13) Urs Dürmüller. Mehrsprachigkeit im Wandel, S. 26., 1996.

14) Röstigraben ist eine Spezialität der Deutschschweizer Küche.

15) In Volksabstimmungen entscheiden Schweizer Bürger und Bürgerinnen über Gesetze und Sachfragen.

Romandie gilt an der Urne eher als europafreundlicher und weltoffener als die Deutschschweiz. Die Deutschschweiz wird in der Romandie als politisch und wirtschaftlich dominierend, überheblich und in ihrer Denkweise andersartig kritisiert. Die Ängste der Romands vor der Germanisierung lassen sich vor allem aus der politischen und wirtschaftlichen Dominanz der Deutschschweizer ableiten und keineswegs aus der territorialen Ausbreitung der deutschen Sprache auf Kosten der französischen, wie von vielen Romands fälschlicherweise behauptet wird.

3.1 Verständigungsschwierigkeiten im innerschweizerischen Dialog

In der Romandie herrscht weitgehend die Meinung vor, die Deutschschweizer trügen nur wenig zur Verständigung zwischen den Sprachgruppen bei. In der französischen Schweiz respektiert man das Ideal der französischen Sprache, in der Deutschschweiz wende man sich hingegen immer mehr vom Standarddeutschen ab und den schweizerdeutschen Dialekten¹⁶ zu. Mit dem Erstarken der deutschschweizerischen Dialekte wachsen auch die Anforderungen an die anderssprachigen Schweizer, denn in der Deutschschweiz wird weitgehend Schweizerdeutsch¹⁷ (Schwyzerdütsch) gesprochen und nicht Deutsch bzw. Hochdeutsch. Mit ihrem Schwyzerdütsch, das nicht nur im privaten Bereich, sondern auch in Radio- und Fernsehsendungen zu hören ist, grenzt sich die Deutschschweiz immer mehr von ihren anderssprachigen Mitbürgern ab und trägt damit nicht gerade zur Verbesserung der innerschweizerischen Kommunikation bei.

Die jungen Romands, Tessiner und Rätoromanen lernen in der Schule allgemein als erste Fremdsprache Deutsch (Standarddeutsch oder auch Schriftdeutsch genannt) und nicht Schwyzerdütsch. So machen Romands und Tessiner die frustrierende Erfahrung, dass ihnen das in der Schule einstudierte Schriftdeutsch im Umgang mit Deutschschweizern wenig nützt, weil viele Schweizerdeutschsprechende wollen oder können das Schriftdeutsche mündlich gar nicht verwenden. Für sie ist es oft nur eine erlernte Schulsprache, die sie zwar schreiben können, aber häufig schlecht sprechen. Es wird also den nichtdeutschsprachigen Schweizern, wenn sie in der von den Deutschschweizern dominierenden Schweiz gesellschaftlich aufsteigen möchten, nahegelegt, nebst der deutschen und englischen Sprache auch Schwyzerdütsch zu lernen, was von vielen Romands als ungerecht empfunden wird. Die Rätoromanen und die Tessiner haben hier etwas differenzierte oder tolerantere Meinung als die französisch sprechende Bevölkerung der Westschweiz. Der Grund dafür liegt darin,

16) Die wichtigsten schweizerdeutsche Dialekte sind: Appenzellerdeutsch, Baseldeutsch, Berndeutsch, Bündnerdeutsch, Glarnerdeutsch, Sanktgallerdeutsch, Senslerdeutsch, Urnerdeutsch, Walliserdeutsch und Zürichdeutsch.

17) Schweizerdeutsch ist eine Sammelbezeichnung für die in der Deutschschweiz gesprochenen alemannischen Dialekte, die sich zum Teil stark voneinander unterscheiden.

dass in den beiden Regionen, ähnlich wie in der deutschen Schweiz, auch lokale Dialekte zum Sprachenrepertoire der Bürger gehören. Das Rätoromanische zum Beispiel zerfällt in fünf Gruppen die Idiome genannt werden (Dialekte) und die je ihre eigene Schreibtradition haben. Um das Überleben und die Einheit der rätoromanischen Sprachvarianten zu stärken, wurde 1982 eine künstliche Standardsprache geschaffen, das Rumantsch Grischun. Und auch im Tessin, wo Italienisch als Amtssprache gilt, werden im privaten Bereich lokale Dialekte gesprochen, die zur lombardischen Sprachengruppe gehören.

Trotz des beschworenen Willens der Eidgenossen zum Zusammenhalt der vier Sprachgemeinschaften und der Mehrsprachigkeit des Landes, stellen einige kritische Beobachter eher ein neben- als miteinander leben der Sprachgruppen fest. Doch entlang der Sprachgrenze, in den zweisprachigen Kantonen Bern, Freiburg und Wallis, ist der „Röstigraben“ weniger deutlich feststellbar, da die Kenntnisse der jeweils anderen Landessprache hier wesentlich grösser sind, als in anderen monolingualen Kantonen.

4. Zweisprachigkeit und Mehrsprachigkeit in der Schweiz

Im Ausland wird oft angenommen, dass Schweizer, die schon in einem vielsprachigen Land leben, auch vielsprachig sein müssen. Die Eidgenössische Volkszählung des Jahres 2000 ist leider der Frage nach individueller Zweisprachigkeit nicht nachgegangen. Die Mehrsprachigkeit wurde in der Volkszählung nur aus der Perspektive der Amtssprachen und ihrer Sprachgebiete angegangen. Das heisst, dass sich jede und jeder bei der Befragung für eine Hauptsprache entscheiden musste. Dadurch konnte nur die Frage, *Wer spricht welche Sprache in der Familie?*, beantwortet werden. Die Frage wurde insgesamt von 6'681'308 Personen oder 91,7% der gesamten Wohnbevölkerung beantwortet. Deutsch wird von 67,5%, Französisch von 23,9%, Italienisch von 10,4%, Rätoromanisch von 0,7%, Englisch von 4,4% und andere Sprachen von 13,2%, der Familienmitgliedern gesprochen. Wie die Resultate zeigen, hat sich die Situation bei den vier Landessprachen zwischen 1990 und 2000 nur gering verändert. Nur gerade „Andere Sprachen“ und Englisch nahmen von 10,4% auf 13,2% beziehungsweise von 3,4% auf 4,4% zu, und geben so einen Hinweis auf die zunehmende Internationalisierung der schweizerischen Gesellschaft. Abgesehen davon ist aus den Daten ersichtlich, dass innerhalb mancher Familien mehr als eine Sprache gesprochen wird.

Unter anderem konnte die Volkszählung auch die Verteilung der Landessprachen, als Sprachen in der Familie, in den vier Sprachgebieten ermitteln.

Im deutschen Sprachgebiet sprechen in der Familie 89,5% Deutsch, 4,6% Französisch, 6,3% Italienisch und 0,6% Rätoromanisch.

Im französischen Sprachgebiet sprechen in der Familie 88,4% Französisch, 9,8% Deutsch, 7,3% Italienisch und 0,1% Rätoromanisch.

Im italienischen Sprachgebiet sprechen in der Familie 90,6% Italienisch, 13,2% Deutsch, 4,7% Französisch und 0,2% Rätoromanisch.

Im rätoromanischen Sprachgebiet sprechen in der Familie 78,4% Rätoromanisch, 37,4% Deutsch, 1,4% Französisch und 4% Italienisch.

Die eindeutige Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer wachsen ausschliesslich einsprachig auf. Nur etwa 6 bis 7% der Erstklässler sind zweisprachig, wenn sie mit der Schulausbildung beginnen. Diese Kinder stammen in der Regel aus einem zweisprachigen Elternhaus oder aus gemischsprachigen Gebieten und erst im Laufe der Jahre gelingt ihnen, dank Lernanstrengungen kombiniert mit der an den Schulen praktizierten Sprachpolitik¹⁸, ihr Sprachenrepertoire zur Bi- oder Trilingualität zu erweitern. Wenn man davon ausgeht, dass der Unterricht der ersten Fremdsprache in der Schweiz gewöhnlich im dritten Schuljahr und der zweiten Fremdsprache im 5. oder 7. Schuljahr beginnt und mindestens 7 bis 10 Jahre dauert, dann könnte man schnell zu der Schlussfolgerung kommen, dass die Schweizer Jugend über ausserordentliche und, im europäischen Vergleich, überdurchschnittliche Sprachfähigkeiten verfügen muss.

Und dennoch rangieren die Schweizer in Europa nur auf Platz drei, wie der Berner Sprachwissenschaftler Iwar Werlen und sein Team, im Rahmen des schweizerischen Nationalen Forschungsprogramms *Sprachenvielfalt und Sprachkompetenz in der Schweiz*, im Jahr 2008 ermittelte. Zu den polyglottesten Völkern Europas, noch vor den Schweizern, zählen die Luxemburger, die durchschnittlich drei Fremdsprachen beherrschen. An zweiter Stelle platzierten sich die Niederländer mit 2,2 Fremdsprachen. Gemäss Werlens Untersuchung sprechen in der deutschen und italienischen Schweiz lebende Personen im Schnitt 2,2 Fremdsprachen, nämlich vorwiegend Französisch und Englisch, während die in der Romandie lebende Bevölkerung sich in 1,7 Fremdsprachen verständigen kann. Bemerkenswert ist die Motivation, die für das Erlernen einer Sprache genannt wird: An der Spitze steht die eigene Zufriedenheit (von 53% der Befragten angegeben). Gefolgt wird sie von der

18) Die Schweizerische Konferenz der Erziehungsdirektoren beschloss am 25. März 2004, dass auf der Primarstufe zwei Fremdsprachen unterrichtet werden sollen, wovon mindestens eine Fremdsprache eine Landessprache ist. Die erste Fremdsprache wird spätestens ab dem dritten Schuljahr, die zweite Fremdsprache wird spätestens ab dem fünften Schuljahr unterrichtet.

Motivation der größeren Verständigungsmöglichkeiten in den Ferien im Ausland (50%), des besseren Verständnisses von Menschen aus anderen Kulturen (39%), des Kennenlernens von Menschen aus anderen Ländern (34%) sowie der Berufsarbeit (35%).

Als Fremdsprache, die man am häufigsten spricht, wurde Deutsch und Französisch genannt. Das Englische steht in keiner der drei Sprachregionen an oberster Stelle. In der deutschen Schweiz findet sich das Französische — von 71% der Befragten genannt — vor dem Englischen (67%), in der Westschweiz liegen Hoch- und Schweizerdeutsch (47%) vor dem Englischen (43%), in der italienischen Schweiz führt das Französische (74%) vor dem Deutschen (65%) und dem Englischen (42%). Die englische Sprache hat demzufolge nicht die Funktion einer "Lingua franca" inne, die ihr in den letzten Jahren so oft zugeschrieben wird.

Fragt man hingegen nach der nützlichsten Fremdsprache, dann endet allerdings das Englische an erster Stelle: Es wird von 86% der Befragten genannt. Wiederum fallen die Unterschiede zwischen den Landesteilen ins Auge: In der Deutschschweiz bezeichnen 92% der Befragten, in der Westschweiz 88% und in der italienischen Schweiz 77% Englisch als die nützlichste Fremdsprache. Schweizerdeutsch oder Deutsch Sprechende erachten das Französische zu 46% als nützlich, Italienischsprachige zu 30%, und von den Französischsprachigen bezeichnen nur 9% das Italienische als eine nützliche Sprache.

Das zeigt, dass die oft propagierte Solidarität der lateinischen Sprachgebiete nicht ganz zum Tragen kommt oder von der Bevölkerung nicht ernst genug genommen wird. 86% nennen die Englische Sprache als die nützlichste, ob sie damit in der Schweiz zu einer „Lingua franca“ erkoren werden kann, bleibt weiterhin unklar, weil sie trotz dessen nicht zu den am häufigsten gesprochenen Sprachen in der Schweiz gehört. Hier stehen sich allerdings zwei Blöcke gegenüber die darüber disputieren, welche der Fremdsprachen künftig die Priorität in den Schulen haben soll? Auf einer Seite stehen diejenigen, die für die Bewahrung der tradierten vier Sprachen und Kulturen eintreten, und auf der anderen die Vertreter der Wirtschaft, die die Förderung des Englischen befürworten, weil sie darin eine Stärkung der schweizerischen Konkurrenzfähigkeit in einer immer mehr globalisierenden Welt sehen. Für die Wirtschaftskreise ist die englische Sprache längst die eigentliche „Lingua franca“ der Geschäfts-, Wissenschafts- und Technologiewelt geworden und die Schweiz sollte in dieser Hinsicht der heutigen Realität gebührend Rechnung tragen.

5. Internationalisierung, Bereicherung oder neue Probleme?

Die Schweiz gehört zu den europäischen Ländern, in denen im Verhältnis zur

Bevölkerungszahl relativ viele Ausländer leben. Der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung in der Schweiz betrug 2008 etwa 22%¹⁹. Im Vergleich zu anderen europäischen Staaten weist nur noch Luxemburg, mit 37%, einen höheren Ausländeranteil als die Schweiz auf. (Deutschland ca. 8,8% und Japan ca. 1,2%).

Auf die fortschreitende Internationalisierung der Heimat reagiert die schweizerische Bevölkerung sehr unterschiedlich. Einerseits erkennt sie in der Immigration den ökonomischen Nutzen fürs Land, andererseits ist die omnipräsente Angst vor Überfremdung aus den Köpfen der rechtsbürgerlichen Bevölkerungsschichten nicht zu verdrängen. Die konservativen Schichten, die mehrheitlich Anhänger der Schweizerischen Volkspartei (SVP) sind, sehen durch den starken Zustrom der Fremden ihre kulturelle und nationale Identität und Eigenständigkeit bedroht.

Einer der Hauptsorgen der Integration von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz bleibt wohl die sprachliche Assimilierung. Die Immigranten, die sich entschlossen haben ihre Existenz gänzlich in der Schweiz aufzubauen, sollen nicht einsprachig bleiben, sich Ghettos schaffen und sich dort von der einheimischen Bevölkerung isolieren, sondern die Sprache und Kultur ihrer neuen Umgebung lernen und idealer Weise auch übernehmen.

Zu den bereits existierenden Problemen, die sich schon aus dem Neben- und Miteinander von Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch in der Schweiz ergeben, kommen also neue dazu. Und diese liegen hauptsächlich in den Verständigungsschwierigkeiten der anderssprachigen Zuwanderer und der Einschulung ihrer Kinder. Demzufolge sind die Anforderungen an die Schulbehörden der Kantone enorm gestiegen, denn die Anteile der anderssprachigen Schülern und Schülerinnen in den Klassen sind zum Teil drastisch gewachsen. In der Innerschweiz herrschen zwar noch ausgeglichene Verhältnisse, in Städten wie Zürich, Genf, Basel und ihren Agglomerationen hingegen, ist der Anteil an ausländischen Kindern in einer Schulklasse mancherorts bis auf 90% angestiegen. In der aktuellen Diskussion wird nun gegenüber Klassen, in denen nicht mehr einheimische Kinder Schweizer Eltern die überwiegende Mehrheit darstellen, Widerstand laut, weil die Eltern einen Leistungsabbau und damit eine Benachteiligung ihrer Kinder befürchten. In einigen Orten der deutschen Schweiz wurden auf der Primarstufe (Grundstufe) getrennte Klassen für ausländische Kinder eingeführt. In anderen Orten werden ausländische Kinder, vor allem diejenigen aus Ex-Jugoslawien, wenn sie den schulischen Anforderungen nicht genügen, einfach in Sonderklassen überwiesen, die für

19) Italienische Staatsangehörige stellen die stärkste Ausländergruppe (17,5%). Es folgen Staatsangehörige aus Deutschland (14,1%), Portugal (11,8%) und Serbien und Montenegro (11,1%). Der Anteil der Staatsangehörigen eines ausereuropäischen Landes ist knapp 13,5%.

Lernbehinderte reserviert sind. Hiergegen hält die Studie *Immigrantenkinder und schulische Selektion*²⁰ der Universität Freiburg fest, dass Kinder aus dem ehemaligen Jugoslawien im Vergleich zu anderen Immigrantenkindern weder durch besondere Probleme in der Unterrichtssprache auffallen noch einen tieferen Intelligenzquotienten haben. Viele Fachleute in der Schweiz sind sich einig, dass schulische Segregation den fremdsprachigen Kindern kleinere Chancen auf höhere Ausbildung gibt, eine These, die auch der Sprachwissenschaftler Romano Müller vertritt. Ebenfalls bedauert er die geringe Akzeptanz der Empfehlungen der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) vom 24. Oktober 1991, die im Artikel 1 ihres Beschlusses folgendes aufführt:

„Die EDK bekräftigt den Grundsatz, alle in der Schweiz lebenden fremdsprachigen Kinder in die öffentlichen Schulen zu integrieren. Jede Diskriminierung ist zu vermeiden. Die Integration respektiert das Recht des Kindes, Sprache und Kultur des Herkunftslandes zu pflegen.“

Wie komplex die Situation in der Wirklichkeit ist zeigt uns das Beispiel des Schulhauses in Zürich Wipkingen, das zu „Quims“ (Qualität in multikulturellen Schulen), einem Projekt der Bildungsdirektion des Kantons Zürich gehört, welches 1997 initiiert wurde. Zurzeit sind 21 Schulen mit 4500 Kindern daran beteiligt. Das Anliegen von „Quims“ ist, die Förderung von Schulen mit einem hohen Anteil an Kindern aus nichtdeutschsprachigen Familien. Man möchte Leistungsrückstände von Kindern ausländischer Herkunft oder aus tieferen Sozialschichten vermindern und bei allen Kindern ein gutes Leistungsniveau erreichen. Die bisherigen Erfahrungen mit „Quims“ zeigen, dass man Kulturen- und Sprachenvielfalt tatsächlich als Potential nutzen kann, denn die ausländischen Kinder bringen aus ihrem Kulturkreis ihre Weltanschauung mit und tragen somit wesentlich zur Bereicherung des Schulunterrichts bei. Was die am Projekt beteiligten Lehrerinnen und Lehrer am meisten belastend finden, ist nicht die kulturelle Vielfalt der Nationalitäten in den Klassen, von denen etwa zwei Drittel der Schülerschaft Deutsch nicht als Muttersprache spricht, sondern entmutigte Kinder mit geringem Selbstwertgefühl und wenig Vertrauen. Dazu gehören Schweizer Kinder wie Immigrantenkinder. Eine bessere Ausgewogenheit zwischen ausländischen und Schweizer Kindern in den Klassen sowie mehr Unterstützung der Eltern bei der Vermittlung des Lernstoffs wäre, gemäss Aussagen der Lehrerschaft, sehr wünschenswert.

Um kulturelle Differenzen zu erklären und Vorurteile abzubauen, werden im Fach *Mensch und Umwelt* die unterschiedlichen Sitten, Bräuche und Lebensformen

20) W. Kronig, U. Haeberlin und M. Eckhart. *Immigrantenkinder und schulische Selektion*, Bern: Haupt, 2000.

behandelt. Damit bekommen die Kinder die Möglichkeit, ihre soziale Kompetenz in einem vielschichtigen Umfeld zu erwerben, die gerade in der heutigen globalisierten und mobilen Welt, für deren Zukunft, von grosser Bedeutung ist.

6. Schlusswort

Die Schweizerische Eidgenossenschaft bemüht sich nicht nur ihre vier Landessprachen und Kulturen zu pflegen und zu fördern, sondern sie unternimmt auch enorme Anstrengungen, um die sprachliche Integration der im Land lebenden Immigranten voranzutreiben. Und dennoch gibt es immer noch viele Probleme in der gegenseitigen Kommunikation und Koexistenz, sei es unter den Schweizern der verschiedenen Sprachregionen als auch zwischen Schweizern und Ausländern und neuerdings auch innerhalb der Ausländer selbst. Hier muss das wechselseitige Verständnis zwischen Sprachen, Kulturen und Religionen auf allen Ebenen des sozialen und politischen Lebens noch besser ausgebaut und vertieft werden. Konkret könnte man beispielsweise folgende Massnahmen realisieren:

- Bessere Förderung des Schweizer Standarddeutschen²¹ in der verbalen Kommunikation
- Harmonisierung von Gemeinde- und kantonalen Integrationspolitiken, um regionale Ungleichheiten zu beseitigen
- Einführung des Stimm- und Wahlrechts für niedergelassene Ausländerinnen und Ausländer auf Kantons- und Gemeinde Ebene in der ganzen Schweiz²², um allen Einwohnern das Recht zu geben, über lokale Belange frei und demokratisch entscheiden zu können
- Schnellere Einbürgerung bei Unbescholtenheit und genügend vorhandenen Landessprachkenntnissen, um das Zugehörigkeitsgefühl zur neuen Heimat und ihrer freiheitlich demokratischen Grundordnung zu festigen

Eine einheitliche aber multikulturelle und multilinguale Schweiz kann in Zukunft nur bestehen, wenn es ihr gelingt, die in der Bevölkerung latent schlummernde Ignoranz, Intoleranz und Xenophobie auf ein unbedeutendes Minimum zu reduzieren, denn nur so wird sie eine Chance haben, die neuen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger²³ wirklich zu integrieren und im Endeffekt auch für sich zu gewinnen.

21) Schweizer Standarddeutsch auch Schweizer Hochdeutsch genannt, ist eine Art der deutschen Hochsprache, die sich durch zahlreiche Eigentümlichkeiten (Helvetismen) in Wortschatz, Wortbildung, Orthographie, Syntax und Aussprache vom bundesdeutschen Hochdeutsch unterscheidet.

22) Der Kanton Jura verfügt bereits über ein Ausländerstimmrecht für Ausländerinnen und Ausländer.

23) Am stärksten angestiegen ist vom 30. April 2008 bis zum 30. April 2009 die Zahl der Staatsangehörigen aus Deutschland (+25'218), Portugal (+11'684), Frankreich (+ 6'383), Großbritannien (+2'639) und Polen (+1'516). Die Bevölkerungszahl von Staatsangehörigen aus Serbien (-13'317), Bosnien-Herzegowina (-1'708), Kroatien (-1'597), Sri Lanka (-999) und der Türkei (-897) ist hingegen rückläufig. (Quelle: Bundesamt für Migration).

7. Benutzte Literatur

- Dtv-Atlas zur Weltgeschichte. 2. Bde. München: Deutscher Taschenbuch Verlag, 1977.
- Dürmüller, Urs. Mehrsprachigkeit im Wandel: Von der viersprachigen zur vielsprachigen Schweiz. Zürich: Pro Helvetia, 1996.
- Bund kurz Erklärt 2008. Bern: Schweizerische Eidgenossenschaft, 2008.
- Lexikon der Geschichte in zwei Bänden. Gütersloh: Bertelsmann Lexikon Verlag, 1978.
- Linder, Wolf. Swiss Democracy: Possible Solutions to Conflict in Multicultural Societies. 2ndEd. New York: McMillan, 1998.
- Local self-government, territorial integrity and protection of minorities, Lausanne 25-27 April 1997: Proceedings. (Science and technique of democracy, No. 16) Strasbourg: Council of Europe, 1996.
- Schweiz in ihrer Vielfalt: Natur, Bevölkerung, Staat, Wirtschaft, Kultur. Schönbühl-Bern: Hallwag Kümmerli und Frey, 2005.
- Schweiz in Sicht. Hrsg. Präsenz Schweiz PRS. Bern: Präsenz Schweiz, 2007.
- Shibasaki, Takashi. Sprachliche Besonderheiten des Schweizerdeutschen. S. 25 — 50. In: Kinjo Gakuin Daigaku Ronshu. Studies in Humanities, Vol. 2, No. 2, March 2006.

7.1 Online Quellen

- Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz: Bericht 2008. Neuchatel: Bundesamt für Statistik, 2008.
- <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/news/publikationen.Document.114724.pdf>
Bestand der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung nach Staatsangehörigkeit : Ende Dezember 2007 und 2008. (Bundesamt für Migration).
- http://www.bfm.admin.ch/etc/medialib/data/migration/statistik/auslaenderstatistik/2008.Par.0044.File.tmp/ts8_wohnbevoelkerung_staat_2008-12-d.pdf
Bestand der ausländischen Wohnbevölkerung nach Wohnkanton und Ausländergruppe Ende April 2009. (Bundesamt für Migration).
- http://www.bfm.admin.ch/etc/medialib/data/migration/statistik/auslaenderstatistik/2009.Par.0010.File.tmp/107_wohnbevoelkerung_kanton_2009-04-d.pdf
Bundespersonal in Zahlen.
- <http://www.epa.admin.ch/themen/arbeit/00229/index.html?lang=de>
Burkard, Eva. Verkante Gastgeschenke.
- <http://www.nzzfolio.ch/www/d80bd71b-b264-4db4-afd0-277884b93470/showarticle/d65a794-f407-46e0-a44f-76c6c17a6138.aspx>
Catacin, Sandro., Kaya, Bülent. Die Politik der Integration von Migrantinnen und Migranten im föderalistischen System der Schweiz. S. 191 — 217. In: Integrationspolitik in föderalistischen Systemen: Jahrbuch Migration 2000/2001. Münster: Lit, 2001.
- http://books.google.ch/books?id=VhgGfhJ4j6YC&pg=PA216&lpg=PA216&dq=Blickwechsel.+Die+multikulturelle+Schweiz+an+der+Schwelle&source=bl&ots=tJzsCEzLhZ&sig=JQWTqd7-4t8XdmpIhqE0fqzaN9w&hl=de&ei=xdKlSp6sOti9kAX74JWMCQ&sa=X&oi=book_result&ct=result&resnum=9#v=onepage&q=Blickwechsel.%20Die%20multikulturelle%20Schweiz%20an%20der%20Schwelle&f=false
Deutsch: Ja - aber welches?

http://www.sal.ch/Semikolon+2006/_148.html

Deutsche in der Schweiz.

http://www.swissinfo.ch/ger/specials/deutsche_in_der_schweiz/index.html

Empfehlungen zur Schulung der fremdsprachigen Kinder vom 24. Oktober 1991.

http://edudoc.ch/record/24317/files/EDK-Empfehlungen_d.pdf

Förderung der Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung von 2004 — 2008 : Evaluationsbericht an den Bundesrat. Bern: Eidgenössisches Finanzdepartement, 2009.

<http://www.efd.admin.ch/dokumentation/zahlen/00578/01427/index.html?lang=de>

Fremdsprachen: Die Schweizer rangieren in Europa auf Platz drei.

<http://bildungsklick.de/a/58790/fremdsprachen-die-schweizer-rangieren-in-europa-auf-platz-drei/>

Geringere Zunahme bei EU-27/EFTA Angehörigen. (Bundesamt für Migration).

<http://www.bfm.admin.ch/bfm/de/home/dokumentation/medienmitteilungen/2009/2009-05-26.html>

Getrennte Klassen? Ein Dossier zu den politischen Forderungen nach Segregation fremdsprachiger Kinder in der Schule. (Eidgenössische Kommission gegen Rassismus).

http://www.raben-net.ch/ekr/getrennte_klassen.htm

Grossrieder, Beat. Auch das noch: Schulstreit im Röstigraben.

<http://www.beobachter.ch/archiv/inhaltsverzeichnisse/artikel/auch-das-noch-schulstreit-im-roestigraben/>

Kronig, Winfried., Haeberlin, Urs., Eckhart, Michael. Immigrantenkinder und schulische Selektion. 2. Aufl. Bern: Haupt, 2007.

http://books.google.ch/books?id=K2xRqvdloT0C&dq=Immigrantenkinder+und+schulisch+Selektion%C2%BB&printsec=frontcover&source=bl&ots=ibUJ245Lln&sig=EXAA1eULTf_V3yZDMWnmu_oAtZk&hl=de&ei=mGaXSv6RNJqWkAWv39izBQ&sa=X&oi=book_result&ct=result&resnum=3#v=onepage&q=&f=false

Leitfaden - Förderung der Mehrsprachigkeit (in der Bundesverwaltung).

<http://www.news-service.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/15597.pdf>

Lüdi, Georges., Werlen, Iwar. Sprachenlandschaft in der Schweiz: Eidgenössische Volkszählung 2000. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik, 2005.

<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/22/publ.Document.52216.pdf>

Mediationsakte.

<http://www.bk.admin.ch/org/00841/00844/index.html?lang=de>

Migration und Integration - Indikatoren. (Bundesamt für Statistik).

<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/07/blank/key/01/01.html>

Müller, Romano. Fünf Thesen zum Referat für die Diskussion.

http://www.vzl-daz.ch/Thesen_Referat_R._Muller_.pdf

Riano, Yvonne. Der Einfluss der Migrationspolitik auf die Integration der Migrantinnen. Referat im Rahmen der Tagung Ressourcen der Migrantinnen erkennen und Hürden abbauen. Paulus Akademie, Zürich 28. August 2004.

<http://www.paulus-akademie.ch/berichte/vortrag-yvonne-riano.pdf>

Schweizer Hochdeutsch.

http://de.wikipedia.org/wiki/Schweizer_Hochdeutsch

Somm, Markus. Multikulturell ist keine Identität.

<http://www.weltwoche.ch/ausgaben/2006-15/artikel-2006-15-multikulturell-ist-keine-identitaet.html>

Sprachen, Religionen - Daten, Indikatoren. (Bundesamt für Statistik).

<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/05/blank/key/sprachen.html>

Sprachkenntnisse der erwachsenen Bevölkerung in der Schweiz.

http://www.snf.ch/D/NewsPool/Seiten/mm_08mar03.aspx

Ständige ausländische Wohnbevölkerung nach Staatsangehörigkeit 1980 — 2008.

<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/dienstleistungen/forumschule/them/02/03a/01.Document.67321.xls>

Thürer, Daniel., Bürri, Thomas. Zum Sprachenrecht der Schweiz.

<http://www.ivr.uzh.ch/1stthuerer/forschung/MinderheitenschutzThuererBurri.pdf>

Verfassungen der Schweiz (von 1291 bis heute).

<http://www.verfassungen.de/ch/>

Wanner, Philippe. Eidgenössische Volkszählung 2000: Migration und Integration, Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz. (Bundesamt für Statistik).

<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/news/publikationen.Document.62936.pdf>

Werlen, Iwar. Sprachkompetenzen der erwachsenen Bevölkerung in der Schweiz.

http://www.isw.unibe.ch/content/forschung/archiv_projekte/sprachkompetenzen/index_ger.html